



## **Die EVP Schaffhausen ist für einen griffigen Jugendschutz bei Tabakwerbung**

Die Fakten sind klar: jährlich sterben in der Schweiz 9'500 Menschen vorzeitig an den Folgen des Rauches. Erschreckende rund 32 Prozent aller Jugendlichen im Alter von 15 – 25 rauchen täglich oder gelegentlich. Studien belegen, dass Jugendliche insbesondere durch Werbung zum Rauchen animiert werden. Das vorliegende Gesetz erlaubt weiterhin Werbung in Gratiszeitungen, an Kiosken, im Internet, auf allen Social Media-Plattformen sowie an Festivals – also genau dort, wo besonders viele Jugendliche unterwegs sind. Die EVP setzt sich seit jeher für einen guten Jugendschutz ein. Per Vorstandsbeschluss die JA-Parole gefasst.

Ein völliges Verbot von Tier- und Menschenversuchen geht den Mitgliedern viel zu weit. Die Schweiz hat eines der strengsten Tierschutzgesetze überhaupt, weltweit. Auch sind Tierversuche massiv zurückgegangen, seit diese von einer Ethikkommission kontrolliert werden. Für die Schweiz hätte die Annahme massive Nachteile zur Folge: Der Forschung Standort Schweiz wäre gefährdet, viele medizinische Therapien wären nicht mehr erlaubt, Arbeitsplätze gingen verloren. Ausserdem würde die Initiative das Freihandelsabkommen mit der EU verletzen. Aus diesen Gründen stimmen die Mitglieder mit einer hohen Mehrheit gegen die Vorlage.

Über die 1917 auf Bundesebene eingeführte Stempelsteuer wurde bereits im Jahre 1992 abgestimmt. Das Volk lehnte damals eine Abschaffung der Steuer klar ab. Dies hinderte das Parlament jedoch nicht daran, die Stempelsteuer wiederholt abzubauen! So wurde unter anderem die ursprünglich auf 3 Prozent festgelegte Steuer auf heute 1 Prozent reduziert. Nun soll sie ganz weg! Dies würde zu jährlichen Mindersteuereinnahmen von Fr. 250 Millionen führen. Davon profitieren würden gerade einmal 0,25 Prozent aller 600'000 Firmen in der Schweiz. Die Frage ist berechtigt, wer bezahlt den Steuerausfall; Wir sind überzeugt davon, die Bevölkerung in diesem Land!

Zur Vorlage über das Massnahmenpaket zugunsten der Medien wurde per Vorstandsbeschluss die Nein-Parole gefasst.

Zu den beiden kantonalen Steuervorlagen wie auch der städtische Vorlage wurde von den Mitgliedern mit grossem Mehr die JA Parole gefasst.

Beringen, 23.01.2022